

# Für Verkürzung der Sperrfrist

**BESCHLUSSANTRAG:** Volksbefragung zu Projekt Ried noch heuer ermöglichen

BRUNECK (ru). Ein Beschlussantrag in Bezug auf das Projekt Ried betraf die Volksbefragung zu dem umstrittenen Vorhaben.

Gemäß der in der Gemeindegatzung festgelegten Sperrfrist von einem Jahr vor und drei Monaten nach Gemeinderatswahlen ist diese erst im Herbst 2010 möglich. Hanspeter Niederkofler, Franco Nones und Walter Harpf plädierten in ihrem Antrag, die Sperrfrist auf je drei Monate vor und nach den Gemeinderatswahlen zu reduzieren.

Niederkofler verwies darauf, dass über 1000 Bürger die Volksbefragung beantragt haben und sie ein Recht auf Durchführung der Befragung hätten, bevor weitere Schritte zugunsten des Projektes gesetzt werden.

Die Sperrfrist zu verkürzen und so die Volksbefragung noch heuer zu ermöglichen, könne

ein Beitrag sein, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, meinte Eduard Stoll.

„Es geht nicht an, die Meinung der Bevölkerung erst zuzulassen, wenn diese keinen Einfluss mehr hat, weil zwischenzeitlich andere Entscheidungen getroffen werden.“

Franco Nones

Wenn eine Volksbefragung ein Instrument sein soll, um die Bevölkerung miteinzubinden, müsse man die Voraussetzungen dafür schaffen, „auch ad hoc“, sagte Nones. Stimme der Rat dem Beschlussantrag zu, könne die Volksbefragung zu Ried mit den Referenden im Oktober zusammengelegt werden.

SVP-Sprecher Christof Baumgartner warf ein, dass das Reglement zur Volksbefragung seinerzeit mit breiter Mehrheit genehmigt worden sei. Er sei durchaus damit einverstanden, dass einige Sperrfristen zu rigoros seien und man diese ändern könne. Der Antrag der Grünen aber ziele auf das Projekt Ried ab und betreffe damit ein laufendes Verfahren. Er gehe davon aus, dass es nicht rechtens sei, im Nachhinein die Regeln für ein laufendes Verfahren zu ändern.

Die Sperrfristen bezüglich Parlaments- oder Europawahlen zu streichen, sei er einverstanden, die Sperrfrist bei Gemeinderats- und Landtagswahlen aber sei sinnvoll, sagte Bürgermeister Tschurtschenthaler.

Der Antrag erhielt zehn Ja-stimmen, 18 Räte enthielten sich, einer stimmte dagegen